

ADF *Wadenbeißer*

Nr. 69 – 23.04.2007

EINE PUBLIKATION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHER FACHSCHAFTSMITGLIEDER (ADF)

E d i t o r i a l

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

wieder dürfen wir euch als Wahlsieger der letzten Uni-Wahlen in Göttingen begrüßen. Viel ist in den letzten Monaten passiert und so manches davon wird uns das ganze Semester noch begleiten. Die Universität hat ihren Antrag zur Exzellenzinitiative abgegeben. Nebenbei bekommt ihr Informationen zur möglichen BAföG-Erhöhung und zur Studiengebührenverwendung, außerdem setzen wir unseren Artikel über die Chipkarte fort. Wir wünschen euch ein erfolgreiches Semester und viel Spaß beim Lesen.

Jan-Frederik Lücke

AUS DEM INHALT

Sicherheit bei der Chipkarte

Seite 3

Erneut nur „Studentenberg untertunneln“?

Seite 4

Verwendung der Studiengebühren

Seite 6

NACHWUCHSFÖRDERUNG ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

VOLLANTRÄGE ZUR EXZELLENZINITIATIVE EINGEREICHT

von Andre Dorenbusch

Freitag, der 13. war wieder einer dieser vermeintlich schicksalhaften Tage für den einen oder anderen Universitätsstandort in der Bundesrepublik. Die Anträge zur zweiten Runde der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder mussten abgegeben werden, und eine für Präsidien, Gremien und viele Beteiligte nervenaufreibende Zeit erreichte ein weiteres Etappenziel – auch in Göttingen.

EXZELLENZINITIATIVE – 2.000.000.000 € FÜR HERAUSRAGENDE FORSCHUNG

Die Exzellenzinitiative – um das kurz zusammenzufassen – ist ein zwei Milliarden Euro schweres Forschungsförderprogramm, das die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Universitäten erhöhen soll. Es gibt dabei drei Programmteile, die so genannten Förderlinien. Die erste Förderlinie widmet sich der strukturierten Graduiertenausbildung, in der zweiten Förderlinie werden besonders leistungsfähige Forschungszentren, so genannte Exzellenzcluster, finanziert, und die besonders begehrte Förderlinie drei, die eine Universität nur dann gewinnen kann, wenn sie bereits in den beiden

anderen Förderlinien erfolgreich war, honoriert Zukunftskonzepte universitärer Spitzenforschung. Die – bis zu 10 – so Geförderten werden in den Medien gern als ‚Elitehochschulen‘ bezeichnet – jedoch dürfte dies, trotz des individuellen Förderungsvolumens von gut 100 Millionen Euro auf fünf Jahre, ein Stück übertrieben sein.

Die Georg-August-Universität hatte sich im Vorjahr bereits erfolgreich um ein Exzellenzcluster beworben, mit dem DFG-Forschungszentrum für Molekularphysiologie des Gehirns (CMPB) und dem Cluster-Antrag ‚Microscopy at the nanometre-range‘. Nunmehr hat die Universität zwei Anträge zur Förderlinie eins sowie ihr Zukunftskonzept eingereicht. In der Förderlinie eins geht die Universität mit zwei speziellen naturwissenschaftlichen Graduiertenschulen ins Rennen, und zwar in den schon ausgewiesenen Bereichen der Neuro- und molekularen Biowissenschaften sowie der terrestrischen Ökosystemforschung. Dies trägt der Erfahrung aus dem letzten Jahr Rechnung, als man mit drei deutlich breiter angelegten Graduiertenschulen gescheitert war.

Wenngleich der Erfolg in Förderlinie eins notwendige Voraussetzung ist, so liegt doch das Hauptaugenmerk auf dem Antrag zur Förderlinie drei, der die Organe der Universität im vergangenen Vierteljahr hinsichtlich ihrer übrigen Aufgaben fast gelähmt hat. Unzählige Arbeitsgruppensitzungen, Redaktionstreffen, Beraterkreisgespräche, Klausurtagungen, Informationsveranstaltungen – und in der Tat, wenn man die Entstehung dieses Dokumentes begleitet hat, ein Dutzend verschiedene Versionen zu lesen bekam, dann entwickelt es einen gewissen Charme, ganz unabhängig von der Frage, ob es eigentlich ein überzeugendes Konzept ist. – Das kann ein jeder auf der Uni-Homepage nachlesen. Aber Vorsicht – es sind gut 150 anglophone Seiten.

TRADITION – INNOVATION – AUTONOMIE

So lautet der Titel, und gleichsam die drei vermeintlichen Stärken der Universität, die herausgestellt werden sollen. Gerade der Teil zur Tradition ist verträumt, manchmal fast pathetisch, wenn an die alten Zeiten, insbesondere die der Wei-

marer Republik, erinnert wird, als Göttingen – zumindest im Bereich der Naturwissenschaften – fast der Mittelpunkt der wissenschaftlichen Welt war, jene Zeiten, als die meisten der zwölf bis 44 mit Göttingen verknüpfbaren Nobelpreisträger ihre großen Erfolge erzielten. Glücklicherweise geht sich das aber nicht in Realitätsverlust aus, wird doch bescheiden eingestanden, dass auch eine erfolgreiche Förderung Göttingen nicht auf eine Stufe mit Harvard stellen werde. Es geht vielmehr um den Geist von damals, das weltoffene (Verbund)Forschen, das auch fremden Disziplinen nicht verschlossen ist und die vermeintlich verrückte Idee nicht verschmäht. Der Förderantrag ist ferner nicht allein ein Antrag der Universität. Er versteht sich als Begehren eines Wissenschaftsstandortes, der gewisse Alleinstellungsmerkmale hat und diese ausspielen kann. Fünf Max-Planck-Institute, das Deutsche Primatenzentrum, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt, die Akademie der Wissenschaften, usw. – eine ungewöhnlich reiche Auswahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen also, die sich gemeinsam weiter entwi-

ckeln wollen; insofern kommen folgerichtig mit dem Göttingen Research Council (GRC) einem Organ des Wissenschaftsstandortes einige wichtige Strategieentscheidungen zu.

Im Konkreten hat der Förderantrag vier Komponenten. Mit ‚Brain Gain‘ wird ein neuer Karriereweg für Nachwuchswissenschaftler geschaffen. Dies geschieht über die Einrichtung von Forschernachwuchsgruppen. Zunächst jeweils drei dieser Gruppen bilden ein Forschungszentrum in einem Wissenschaftsbereich, dem der GRC zutraut, sich innerhalb der Förderdauer zu einem weltweit wahrgenommenen Forschungsschwerpunkt am Standort zu entwickeln; für einzelne Bereiche können auch Gruppen ohne Anbindung an ein Zentrum eingerichtet werden (die nennen sich dann ‚free-floating‘). Den Leitern der

Nachwuchsgruppen wird in Aussicht gestellt, bei entsprechender wissenschaftlicher Leistung auf eine Professur übernommen zu werden. Zweites Element ist ‚Brain Sustain‘ – hier sollen in drei Bereichen, die eine zentrale Bedeutung für die Standortentwicklung haben, ausgewiesene Spitzenforscher nach Göttingen geholt werden. Mit dem ‚Lichtenberg-Kolleg‘ wird in der alten Sternwarte ein Wissenschaftskolleg eingerichtet, das insbesondere zur Förderung der Geisteswissenschaften in wechselnden Forschungsschwerpunkten dienen, aber im Sinne des Namensgebers auch die Kommunikation zwischen Geistes- und Naturwissenschaften fördern soll. Letztlich ist geplant, im Rahmen von ‚Göttingen International‘ vier Auslandsrepräsentanzen in Kalifornien, Indien, China und Südkorea zu gründen, um damit

vermehrt auch für internationale Studierende attraktiv zu werden. Man sollte nicht verschweigen, dass auch das eine oder andere finanzielle Risiko bestehen mag, wenn man daran denkt, dass nach Ablauf der Förderperiode möglicherweise Stellen aus dem laufenden Etat abgelöst werden müssen, jedoch wäre es ein eigentlich undenkbares Eigentor, einzelne Universitäten erst in dieser Weise zu fördern, um sie dann in einen Scherbenhaufen zu entlassen. Es ist zwar viel politischer Wahnsinn denkbar, aber das scheint selbst für die deutsche Wissenschaftspolitik eher unwahrscheinlich.

AUSWIRKUNGEN AUF DAS STUDIUM

Es ist klar, dass die Exzellenzinitiative ein Programm zur Förderung der Forschung ist. Von daher darf man nicht erwarten, dass sich

auch im Erfolgsfall nennenswerte Veränderungen für das Studium ergeben werden; allenfalls in jenen Bereichen, die dann vielleicht besondere Förderung genießen. Allerdings sind im Rahmen der Vorarbeiten zur Antragstellung auch für die Weiterentwicklung von Lehre und Studium Ideen entwickelt worden, die – so steht zu hoffen – in die Entwicklungsplanung der Universität eingehen werden.

Vielleicht ist es erst einmal nicht so relevant, wie ein jeder zu dieser Art von Förderprogramm steht. Es existiert, und es wird Gewinner und Verlierer geben. Es scheint – ob aus Überzeugung oder Opportunismus – unschädlich, Göttingen eher auf dieser denn auf jener Seite sehen zu wollen. Wer also möchte, kann schon einmal wählen auf www.hochschulverband.de/exzellenzinitiative.html - derzeit liegt Göttingen hier auf dem letzten Platz.

KURSWECHSEL IN SACHEN BAFÖG?

Nach Nullrunde wird für 2008 eine Erhöhung angestrebt

Nicht nur über die Einführung von Studiengebühren wurde in den vergangenen Jahren heftig gestritten, sondern unter dem Stichwort „Studienfinanzierung“ auch darüber, wie Studierende in Zukunft ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren in einigen Bundesländern hat diese Fragestellung noch verschärft. Die Antwort vieler konservativer Politiker lautete dann: Studienkredite. Diese sollen nicht nur die Sozialverträglichkeit von Studiengebühren sicherstellen, sondern auch geeignet sein, das seit 35 Jahren bewährte BAFöG zu ersetzen.

BAFÖG-BERICHT DER BUNDESREGIERUNG EMPFIEHLT ANHEBUNG DER FÖRDERUNG UM 10,3%

Der Beirat für Ausbildungsförderung, der im Auftrag der Bundesregierung regelmäßig die Bedarfssätze und Freibeträge des BAFöG prüft, hat zu Beginn des Jahres einen neuen Bericht vorgestellt. Der durchschnittliche Förderungsbetrag stagnierte im Berichtszeitraum, während die Quote an geförderten Studierenden sogar leicht rückläufig war.

Der Beirat sieht dringenden Bedarf, nach sechs Jahren der Stagnation (seit 2001), die Bedarfssätze um 10,3 % und die Einkommensfreibeträge um 8,7 % anzuheben.

IMMER MEHR STUDIERENDE MÜSSEN NEBENHER ARBEITEN

Da der Finanzbedarf der Studierenden durch die allgemeine Preissteigerung seit 2001 deutlich angestiegen ist, reicht das BAFöG zunehmend nicht mehr zu dessen Deckung aus, was für viele Studierende den Druck weiter erhöht, neben dem Studium zu arbeiten. Dabei waren schon 2003 nach den Ergebnissen der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 68 % der Studierenden während des Semesters erwerbstätig. Gerade die neu eingeführten Bachelorstudiengänge lassen hingegen immer weniger Zeit für einen Nebenjob.

Hinzu kommt, dass die Nichtanpassung der Freibeträge unerwünschte Auswirkungen hat. So fallen viele Studienanwärter aus dem Kreis der Antragsberechtigten nach dem BAFöG, weil das Einkommen ihrer Eltern gerade knapp oberhalb der Einkommens-

freibeträge liegt. Im Wissen um die Belastungen, die ein Studium für die Eltern bedeuten würde, verzichten sie auf einen Studienplatz und beginnen eine duale Ausbildung.

So lässt sich das erklärte Ziel der Bundesregierung, 40 % eines Altersjahrgangs an die Hochschulen zu bringen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten, nicht erreichen. Die Studierendenanfängerquote sackte im letzten Jahr folgerichtig von 38,9 % auf 35,5 % ab.

BUNDESREGIERUNG ÜBERLEGT ANPASSUNG FÜR 2008

Zunächst hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung auf den BAFöG-Bericht mit der Ankündigung einer „Kleinen Novelle“ reagiert. Sie hat zwar gute Ansätze, sieht aber lediglich kostenneutrale Modifizierungen vor. So sollen in Zukunft beispielsweise Zuverdienste bis 400 Euro pro Monat möglich sein und ein Auslandsstudium schon ab dem ersten Semester gefördert werden können. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) und das Deutsche Studentenwerk

(DSW) hatten jedoch immer wieder auf die dringende Notwendigkeit einer Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge nach 2001 hingewiesen. Ende März zeigten die Beschwerden der zahlreichen bildungspolitischen Akteure endlich Wirkung. Fünf Wochen nachdem das Kabinett eine Nullrunde beim BAFöG beschlossen hatte, kündigte Ministerin Anette Schavan an, nun doch eine Erhöhung für 2008 anzustreben.

Wenn ihr Wort etwas gelten soll, muss diese Anpassung mindestens in dem vom Beirat vorgeschlagenen Umfang erfolgen. Weitere Anpassungen des BAFöG sollte es danach mit jedem Bericht des Beirats geben, und nicht erst, wenn die negativen Auswirkungen einer unzureichenden Studienförderung unübersehbar werden. So könnte die Bundesregierung zeigen, dass es ihr mit dem Ziel steigender Bildungsbeteiligung aller Einkommenschichten tatsächlich ernst ist. Zumindest ist es erfreulich, dass Schavan, die sonst eine große Vorkämpferin für Kreditmodelle war, nun endlich die wissenschaftspolitische Bedeutung des BAFöG erkannt zu haben scheint.

SICHERHEIT BEI DER CHIPKARTE

Viele aber nicht alle Probleme nach Wadenbeißer-Artikel im Januar gelöst

von Christian Zigenhorn

In der Januar-Ausgabe des Wadenbeißers (Nr. 68) hatten wir ausführlich über Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit der Chipkarte berichtet. Drei Monate sind seitdem vergangen, und Universitätsverwaltung, Studentenwerk und SUB haben die Zeit genutzt, um an der Lösung der beschriebenen Probleme zu arbeiten. Mit diesem Artikel möchten wir über den aktuellen Stand sowie ein neues Problem der Selbstbedienungsfunktionen berichten.

SPERRUNG ERFOLGT JETZT DEUTLICH SCHNELLER

Für den Artikel im Januar hatten wir ausprobiert, wie eine Sperrung der Karte bei Verlust über die Störmeldezentrale (erreichbar unter (0551) 39 – 1171) funktioniert. Damals war es so, dass die einzelnen Einrichtungen der Universität per E-Mail über die Sperrung informiert wurden und diese die Sperrmeldung im Anschluss teilweise per E-Mail an weitere Einrichtungen (z.B. das Studentenwerk) weiterleiten mussten. Durch dieses Verfahren kam es zwangsweise zu unnötigen Verzögerungen, da häufig nur ein sehr eingeschränkter Personenkreis Zugriff auf diese E-Mails hatte. Mittlerweile werden alle Einrichtungen, die mit der Chipkarte arbeiten, direkt von der Störmeldezentrale benachrichtigt. Alternativ ist es in Ausnahmefällen auch weiterhin möglich, die Chipkarte bei der Studienzentrale am Wilhelmsplatz sperren zu lassen, die dann ihrerseits alle Stellen direkt informiert. Außerdem wurde beispielsweise in der SUB der Kreis der Bearbeiter der Sperrmeldungen erweitert, so dass es durch Urlaub und Krankheit nicht mehr zu Verzögerungen kommen sollte. Allerdings bleibt es bei der Benachrichtigung per E-Mail, ein automatisiertes Verfahren ist nach Angabe der verantwortlichen Mitarbeiter derzeit nicht vorgesehen.

Das Studentenwerk hat gegenüber dem Wadenbeißer versichert, dass alle Schäden mit der Bezahl-

funktion, die nach dem Anruf bei der Störmeldezentrale verursacht werden, vom Studentenwerk getragen werden. Möchte man das Restguthaben erstattet bekommen, so muss man mit der Bescheinigung, welche man bei Ausstellung der neuen Karte von der Studienzentrale erhält, zum Servicepoint in der Zentralmensa gehen. Dort bekommt man in der Regel nach einem Arbeitstag das Geld; da seitens einiger Abrechnungsstellen (z.B. Klinikum) die Abrechnungsdaten jedoch teilweise erst verzögert an das Studentenwerk übermittelt werden, kann es in Ausnahmefällen bis zu einer Woche dauern.

Eine Umstellung der Aufwertung der Chipkarte per EC-Karte von dem bisher verwendeten Lastschriftverfahren ohne jegliche Legitimation auf das PIN-Verfahren ist seitens des Studentenwerks nicht geplant. Die laufenden Kosten bei einer Umstellung auf das PIN-Verfahren seien höher als die derzeitigen Aufwendungen durch Missbrauch und Rücklastschriften mangels Kontodeckung. Außerdem könne jeder Studierende innerhalb von sechs Wochen nach der Abbuchung vom Konto bei seiner Bank der Lastschrift widersprechen und bekäme dann das Geld seinem Konto wieder gutge-

schrieben; das Missbrauchsrisiko liege also nicht beim einzelnen Studierenden, sondern beim Studentenwerk.

NEUE PASSWÖRTER IN DER SUB

In der SUB gibt es auch deutliche Verbesserungen zu vermelden: Bisher waren der Barcode auf der verlorenen Chipkarte und der auf der neuen Karte identisch. Hier wird es in Zukunft einen neuen Barcode geben, so dass eine Weiternutzung der alten Karte nicht mehr möglich sein wird. Außerdem wird es ab voraussichtlich Mitte Mai neue Passwörter geben. Das alte Verfahren hat bei Neueinrichtung grundsätzlich das Geburtsdatum als Kennwort benutzt, zukünftig wird dies eine achtstellige Kombination aus Buchstaben und Ziffern. Bereits jetzt weisen die Mitarbeiter und Informationszettel der SUB die Nutzer darauf hin, dass es sinnvoll sei, das Kennwort zu ändern. Nach Angaben der SUB sei es jedoch mit ihrer Software nicht möglich, die Nutzer zu einer Änderung des Passworts zu zwingen.

An dem Drucker der Selbstbedienungsterminals an der Chipkartenausgabe konnte bereits am Tag nach der Veröffentlichung im Januar die Möglichkeit unterbunden werden, durch das Betätigen

einer Taste am Drucker an fremde Bescheinigungen zu gelangen. Dafür ist uns in den vergangenen Wochen ein neues Problem mit den Selbstbedienungsfunktionen bekannt geworden: Bis zum Ende des Wintersemesters wurden ausschließlich Kennwörter vergeben, die aus vier Ziffern bestanden. Außerdem ermöglicht das System beliebig viele Fehlversuche innerhalb kürzester Zeit, bei gerade einmal 10.000 verschiedenen Möglichkeiten ist es mit einer schnellen Internetanbindung relativ einfach, alle Möglichkeiten mit Hilfe eines kleinen Computerprogramms durchzuprobieren und damit den Zugang zu erlangen. Mittlerweile werden für alle neuen Studierenden und diejenigen, die sich eine neue PIN- und TAN-Liste ausstellen lassen, deutlich sichere Passwörter vergeben, sie bestehen aus achtstelligen Buchstaben- und Zahlenkombinationen, die sich dadurch ergebenden ca. 210 Billionen Möglichkeiten sind nicht mehr ernsthaft durchzuprobieren. Außerdem hat die Universität zugesagt, beim Softwarehersteller eine Veränderung des Systems in Auftrag zu geben, so dass nach mehrmaligen Fehleingaben der jeweilige Nutzer für eine gewisse Zeit (üblicherweise 30 Minuten) gesperrt wird.

Neue Kopierer – altes Bezahlssystem?

Dem ein oder anderen Studierenden wird es bereits aufgefallen sein: Seit Mitte März werden alle Kopierer der Universität nach und nach durch neue Geräte der Firma NRG/Nashuatec ausgetauscht. Bereits bei der Einführung der Chipkarte vor über zwei Jahren war von der Universität versprochen worden, dass bei der Neuaufstellung der Kopierer das Bezahlssystem auf die Chipkarte umgestellt werden soll. Damit sollte das bisherige Durcheinander beseitigt werden. Bisher gibt fast jedes Institut oder Seminar eigene Kopier-Karten aus, so dass viele Studierende einen ganzen Stapel mit sich herumschleppen müssen. Doch diese Umstellung ist derzeit mehr als fraglich, da aktuell an die neuen Kopierer wieder die alten Kartenleser montiert werden. Auf Nachfrage wurde seitens der Universitätsverwaltung erläutert, es habe zu Beginn noch technische Probleme gegeben, diese seien jedoch mittlerweile so gut wie

gelöst. Eine Entscheidung, ob die Bezahlfunktion dann demnächst tatsächlich umgestellt werde, sei jedoch noch nicht gefallen. Die Umstellung auf neue Kartenleser sei nicht ganz preiswert, da neben der Anschaffung von Kartenlesern alle Kopierer mit dem zentralen Abrechnungssystem verbunden werden müssen. Als weitere Nutzungsmöglichkeit gibt es auch Planungen, die Kopierer auch als Drucker für die Uni-Rechner zu nutzen. Mit einer endgültigen Entscheidung sei im Laufe des Mai zu rechnen.

Aus studentischer Sicht kann man nur hoffen, dass die Umstellung auf die Chipkarte schnellstmöglich erfolgt, das ewige Durcheinander mit den verschiedenen Kartensystemen darf keine Zukunft haben. Die Vertreter der ADF werden gegenüber der Verwaltung und dem Präsidium auf eine Entscheidung im Sinne der Studierenden drängen.

ERNEUT NUR „STUDENTEN-BERG UNTERTUNNELN“?!

Hochschulpakt 2020 – Problem erkannt, aber nicht gelöst; Land versagt wie gewöhnlich

von Andre Dorenbusch

Ende letzten Jahres hatten sich Bund und Länder auf Eckpunkte eines Programms geeinigt, das die geburtenstarken Altersjahrgänge der 90er Jahre in Zeiten so genannter doppelter Abiturjahrgänge durch die Schaffung von 90.000 neuen Studienplätzen erfolgreich an und durch die Hochschulen bringen soll. Das Ganze nennt sich ganz im Stile des gewohnten Schönsprech der vergangenen Jahre ‚Hochschulpakt 2020‘. Das Land Niedersachsen hat Anfang vergangener Woche vorgestellt, wie es sich die konkrete Umsetzung vorstellt. Göttingen ist vorerst mit 90 Studienplätzen in 6 Fächergruppen dabei.

BUND UND LÄNDER WOLLEN BIS 2010 GEMEINSAM JE 565 MILLIONEN EURO ZUR VERFÜGUNG STELLEN

Zunächst vielleicht der Hintergrund in kühlen Zahlen. Die Kultusministerkonferenz prognostiziert für den Zeitraum bis 2014 einen Anstieg der Studierendenzahlen deutschlandweit um etwa ein Drittel von zurzeit gut zwei Millionen auf dann etwa 2,7 Millionen. Die Hochschulrektorenkonferenz ergänzt dazu eine finanzielle Hausnummer aus Sicht der Hochschulen, indem sie von im Schnitt 2,3 Milliarden Euro finanziellem Mehraufwand zwischen 2007 und 2020 ausgeht. Der Bund stellt nunmehr – zunächst bis 2010 – 565 Millionen Euro zur Verfügung; die Länder sollen die gleiche Summe beisteuern. Die Verteilung der Bundesmittel erfolgt in den kommenden beiden Jahren nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel (das ist eine 58 Jahre alte Formel, die ursprünglich den Länderanteil an der Erfüllung großer Forschungsaufgaben geregelt hat, heutzutage aber auch für ganz andere Umlagezwecke eingesetzt wird); ab

2009 wird ausgehend von den Studienanfängerzahlen im Jahre 2005 der reale Zuwachs honoriert. Abweichend erhalten die neuen Bundesländer sowie die Stadtstaaten jeweils Pauschalen. Sie stellen bereits heute teils weit über den eigenen Bedarf hinaus Studienplätze zur Verfügung und werden dafür honoriert, dass sie auf den Abbau von Kapazitäten verzichten. Gleichzeitig bedeutet das aber, dass rund ein Viertel der Bundesmittel gar nicht in den Aufbau von Studienplätzen fließen werden. Insofern dürfte auch heute schon völlig klar sein, dass spätestens 2010 weitere Anstrengungen ganz anderer Größenordnung notwendig sein werden, um den Studierenden dann tatsächlich zumutbare Verhältnisse an den Hochschulen bieten zu können. In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war man schon einmal mit halbherzigen Maßnahmen zur so genannten Untertunnelung des Studentenberges in die Misere gerannt.

DIE PLÄNE IN NIEDERSACHSEN

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) hat seine Pläne zur konkreten Ausgestaltung des Hochschulpaktes, insbesondere zu der Frage, an welchen Standorten wie viele neue Studienplätze entstehen sollen, Anfang letzter Woche bekannt gegeben. 11.200 Plätze sollen es sein bis zum Jahr 2010, gut 1.600 bereits zum kommenden Wintersemester. Davon wiederum gut zwei Drittel verteilen sich auf die Fachhochschulen des Landes, ein Drittel auf die Universitäten. Die Georg-August-Universität soll insgesamt 90 Studienplätze in den Fächern Physik, Chemie, Biologie, BWL und Deutscher Philologie sowie den ‚kleinen Fächern‘ schaffen – ein im Vergleich bescheidener Wert.

Alles schön und gut, hätte das Land nicht seine Verantwortung in fast schon gewohnter Manier erneut deutlich verfehlt. Insbesondere im Vergleich zum Bemessungsjahr 2005 haben sich an den Hochschulen Veränderungen ergeben. Die politisch gewollte Umstellung auf Bachelor- und Masterstrukturen führte zu höherem Betreuungsaufwand, der sich in heute schon real niedrigerer Studienplatzkapazität widerspiegelt. Weitere Studienplätze sind durch diverse Einsparrunden zum Wohle des Landeshaushaltes verloren gegangen; von 2005 auf 2006 allein 1.100.

LANDESREGIERUNG MOGELT SICH ZUR FÖRDERUNG

Um dennoch in den Genuss der Fördermittel des Hochschulpaktes zu gelangen, muss das Land tricksen. Zwei Maßnahmen hat es dazu gerade umgesetzt. An den Fachhochschulen wurden die so genannten Curricularnormwerte (CNW), die abstrakt angeben, wie viele Deputatsstunden ein einzelner Studierender im Studiengang je Semester benötigt, abgesenkt, an den Universitäten die Lehrverpflichtung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Lehrkräfte für besondere Aufgaben angehoben. Beide Maßnahmen erhöhen künstlich die Studienplatzkapazität; beide gehen natürlich auch zu Lasten der Studienqualität, indem sie vor allem das Personal zusätzlich belasten.

HOCHSCHULEN KRITISIEREN LANDESWEITE UMSETZUNG SCHARF

Während das MWK sich rühmte, eine schnelle Einigung mit den Hochschulen erzielt haben zu können, geht die Landeshochschulkonferenz (LHK), welche die Hochschulen im Land vertritt, mit für ihre Verhältnisse ungewöhnlich deutlicher Kritik an die Öff-

fentlichkeit. Der LHK-Vorsitzende und Göttinger Uni-Präsident von Figura wird wie folgt zitiert: „Diese Maßnahmen verschlechtern real die Studienbedingungen und die Lehrqualität und stehen im Widerspruch zu den Versprechen, die den Studierenden im Zuge der Einführung von Studienbeiträgen gemacht wurden.“

Die Hochschulen des Landes werden jetzt Nachverhandlungen einfordern und wollen andernfalls die Unterschrift zum Hochschulpakt 2020 verweigern. Offenkundig ist auf dem Weg zu einem wirklich soliden Konzept zum Aufbau neuer Studienplätze also noch Einiges zu tun.

HOCHSCHULPAKT ENTHÄLT AUCH MASSNAHMEN ZUR FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Verschwiegen werden soll nicht, dass der Hochschulpakt 2020 neben der Förderung neuer Studienplätze noch eine zweite Komponente hat. Sie wird öffentlich weniger ins Rampenlicht gestellt, schüttet – bezeichnend – aber mit 700 Millionen Euro bis 2010 den größeren Mittelanteil aus und fördert die Forschung an den Hochschulen, indem seitens des Bundes 20 % Zuschlag auf alle Förderungen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), etwa für die Bewilligung von Sonderforschungsbereichen oder Graduiertenkollegs, gewährt werden. Diese so genannten Overhead-Mittel entlasten die Hochschulhaushalte von einem Großteil der Eigenanteile an fremdfinanzierten Forschungsvorhaben. Auch das eine an sich gute Idee. Bleibt die Frage der Prioritätensetzung, wird doch die Forschung auch schon durch die zwei Milliarden Euro schwere Exzellenzinitiative von Bund und Ländern gefördert, die Lehre hingegen vor allem durch das Eigenkapital ihrer Nutzer, die Studiengebühren.

UNI AKTIV MITGESTALTEN!

Interesse, die Uni aktiv mitzugestalten? Lust, Leute kennen zu lernen? Dann bist Du bei uns genau richtig: Die ADF ist mit über 200 Mitgliedern die größte studentische Interessenvertretung an der Universität Göttingen. Wir engagieren uns in allen wichtigen Gremien und entscheiden über die Belange unserer Uni im Interesse der Studierenden konsequent mit. Mit unserer Zeitung „ADF Wadenbeißer“ (siehe Abbildung), der mit Abstand auflagenstärksten studentischen Publikation in Göttingen, informieren wir regelmäßig im Semester über aktuelle hochschulpolitische Themen und Geschehnisse rund um die Universität Göttingen. – Und auch sonst gibt's bei uns viel Raum für kreatives, selbstständiges Arbeiten: Ob in hochschulpolitischen Projekten, in der Wahlkampfplanung, im AStA oder in Kommissionen der Universität. Also:

Mach mit in Göttingens größter hochschulpolitischer Gruppe!

**Einsteigerabende: Mittwoch, 25. April und Montag, 30. April
ab 18 Uhr vor ZHG 007 (Campus)**

UNSERE GESCHICHTE

Vor über dreizehn Jahren kamen Vertreter unabhängiger Fachschaftsgruppen, die an den Fakultäten vor allem Serviceleistungen für ihre Kommilitonen anbieten, zusammen und beschlossen, sich für die Uniwahlen im Januar 1994 zu einer Liste zusammenzuschließen, um sich gemeinsam für eine studierendeninteressen-nah studentische Vertretung auf Uni-Ebene einzusetzen: Die ADF war geboren. Seitdem sind weitere Fachschaftsgruppen, vor allem aber einzelne Studierende aus vielen Fakultäten, zu uns gekommen, so dass wir heute die größte hochschulpolitische Gruppe Göttingens sind.

UNSERE ARBEIT

Seit über vier Jahren stellen wir den Allgemeinen Studierenden-ausschuss (AStA). Dort vertreten uns z. Zt. Andre Dorenbusch als AStA-Vorsitzender und drei weitere Referenten mit unterschiedlichen Aufgaben. Wir wirken im AStA maßgeblich an der Vertretung der studentischen Interessen an unserer Uni, gegenüber der Stadt Göttingen und gegenüber dem Land Niedersachsen mit. Aber auch Info- und Diskussionsveranstaltungen sowie Demonstrationen werden von uns organisiert. Überdies bieten wir im AStA z.B. mit der Sozial- und Rechtsberatung und vielen Info-Broschüren ein breites Serviceangebot für die Studierenden an.

Im Senat der Universität (mit dem Senator Andre Dorenbusch), in den zahlreichen Senatskommissionen sowie den Gremien des Studentenwerks bringen wir uns intensiv in die Entscheidungsprozesse ein.

Man stellt uns immer wieder gern die Frage, welcher politischen Richtung wir eigentlich angehören. Die Antwort: Wir haben keine „politische“ Ausrichtung. Allerdings sollte man das auch nicht missverstehen. Wir sind kein Haufen Unpolitischer oder politisch Desinteressierter. Nicht wenige unserer Mitglieder engagieren sich

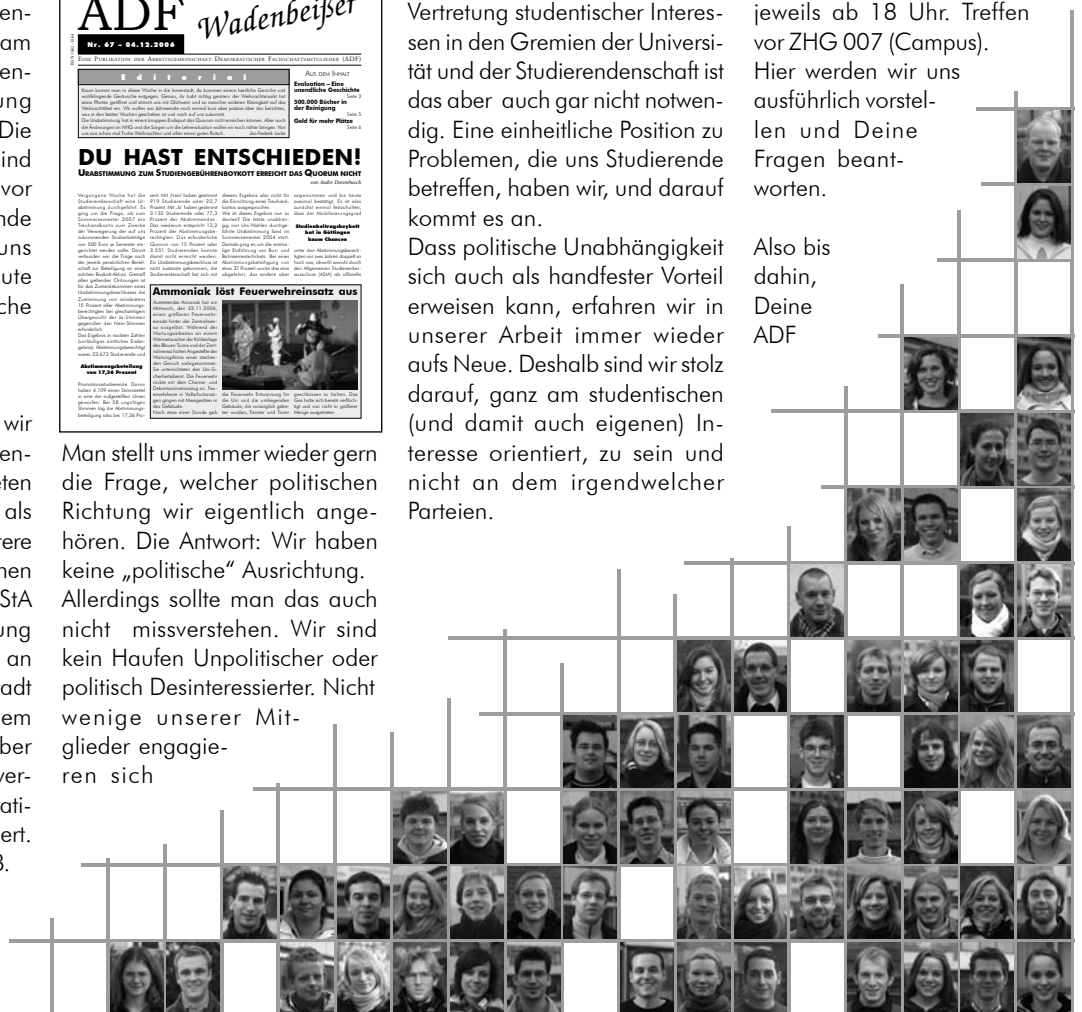
außerhalb der Uni in politischen Parteien; das Spektrum reicht dabei von der CDU und FDP über die SPD bis zu den Grünen. Nur gerade daran sieht man, dass die ADF keine einheitliche allgemeinpolitische Meinung vertreten kann (und will). Für die Vertretung studentischer Interessen in den Gremien der Universität und der Studierendenschaft ist das aber auch gar nicht notwendig. Eine einheitliche Position zu Problemen, die uns Studierende betreffen, haben wir, und darauf kommt es an.

Dass politische Unabhängigkeit sich auch als handfester Vorteil erweisen kann, erfahren wir in unserer Arbeit immer wieder aufs Neue. Deshalb sind wir stolz darauf, ganz am studentischen (und damit auch eigenen) Interesse orientiert, zu sein und nicht an dem irgendwelcher Parteien.

INTERESSIERT?

So, nun genug von uns. Wenn du Interesse hast, mal bei uns reinzuzuschauen, dann komm doch einfach ganz unverbindlich zu einem unserer Einsteigerabende am Mittwoch, den 25. April oder am Montag, den 30. April jeweils ab 18 Uhr. Treffen vor ZHG 007 (Campus). Hier werden wir uns ausführlich vorstellen und Deine Fragen beantworten.

Also bis dahin,
Deine
ADF



AUF DER SUCHE NACH DEM GELD

Wo findet man seine Studiengebühren wieder?

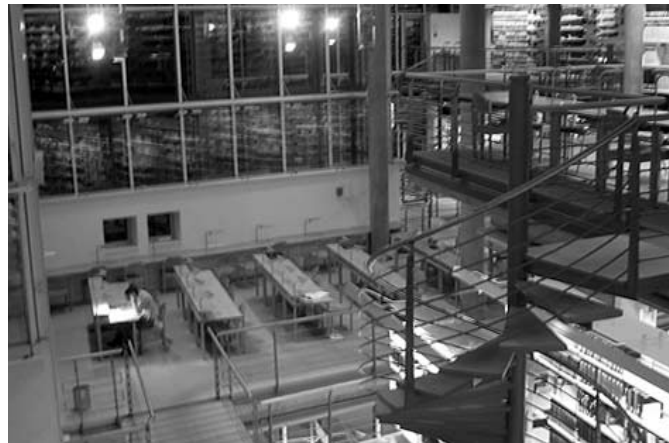
–675,82 Euro, diese Zeile auf dem Kontoauszug wird allen noch schmerzhaft in Erinnerung sein. Zusätzlich zu den 75 Euro Verwaltungskostenbeitrag für den Landeshaushalt musste für dieses Semester erstmals jeder 500 Studiengebühren bezahlen. Dieses Geld bleibt erst einmal an der Uni und darf und muss für Verbesserungen der Lehr- und Studienbedingungen ausgegeben werden. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit der Verwendung an der Universität ohne die Medizinische Fakultät. Da die Universitätsmedizin einen separaten Haushalt hat, gilt dort ein anderes Verfahren, das wir in der nächsten Ausgabe behandeln. Die Universität erwartet Einnahmen in Höhe von sieben Millionen Euro pro Semester. Die eine Hälfte des zur Verfügung stehenden Geldes wird nach Studienfällen auf die Fakultäten zur eigenverantwortlichen Verwendung zugewiesen. Die andere Hälfte wird in einem zentralen Wettbewerbsverfahren für zentrale und dezentrale Maßnahmen vergeben. Doch was bekommen wir für das Geld?

SUB AUCH SONNTAGS GEÖFFNET

Die im Moment sichtbarste Verbesserung durch Studienbeiträge ist die Verlängerung der Öffnungszeiten des SUB-Neubaus. Seit dem 16. April schließt die Universitätsbibliothek in der Woche statt um 22 Uhr erst um ein Uhr nachts ihre Türen. Morgens öffnet die SUB seit einer Woche bereits um sieben Uhr. Auch am Wochenende wurden die Öffnungszeiten verlängert. Samstag und auch Sonntag ist die Bibliothek von 9 bis 21 Uhr geöffnet. Auch zusätzliche Tutorien und Angebote des Sprachlehrzentrums können flächendeckend an der Universität wahrgenommen werden. Wer einen Sprachkurs besucht, der nicht durch die Studienordnung verpflichtend ist, muss dafür ab diesem Semester nur noch 15 statt 40 Euro bezahlen. An vielen Fakultäten werden auch zusätzliche Lehrbücher angeschafft. Außerdem wurde an

vielen Fakultäten Personal für eine bessere Studienberatung eingestellt.

Andere Maßnahmen werden erst in einiger Zeit sichtbar werden. Die Betreuung bei der Suche nach Praktika soll verbessert werden und eine Praktikumsdatenbank aufgebaut werden. Der TOEFL-Test, der häufig für ein Studium im englischsprachigen Raum benötigt wird, kann demnächst auch in Göttingen abgelegt werden. Und die Internet-Hotline wird Notebooks für das Schreiben von Abschluss- und Seminararbeiten verleihen sowie den Ausbau des



Ruhiges Arbeiten in der SUB: Zwei Dutzend Studierende nutzen um halb 1 noch die verlängerten Öffnungszeiten.

Funknetzes „GoeMobile“ vorantreiben.

Und an vielen Stellen in der Universität wird gebaut. Im ersten Semester sind von den sieben Millionen Euro Einnahmen aus Studiengebühren etwa 2,7 Millionen Euro für Baumaßnahmen und die Ausstattung von Lehrräumen vorgesehen. Die teuerste beschlossene Maßnahme ist der schrittweise Umbau des Verfügungsgebäudes (VG) zu einem modernen Lehrgebäude, der in den nächsten vier Semestern drei Millionen Euro kostet. Mit dem Umbau sollen deutlich mehr, teilweise kleinere und besser ausgestattete Seminarräume geschaffen werden. Zusätzliche Übungsräume werden dringend benötigt. Denn fast alle Fakultäten bieten finanziert aus Studienbeiträgen zu mehr Veranstaltungen Tutorien an oder wollen die Teilnehmerzahlen

in den Tutorien verringern. Nennenswerte freie Raumkapazitäten am Campus gibt es nur noch zu ungeliebten Zeiten: früh morgens oder Freitagnachmittag. Weitere Baumaßnahmen sind die Mehrkosten für die Modernisierung der Oec-Bibliothek im Zuge der Sanierung des Oeconomicus, die kurzfristige Einrichtung zusätzlicher Seminarräume im Heinrich-Düker-Weg, der Umbau des Bereichs vor den Chemie-Hörsälen, die Sanierung des Hörsaals in der Botanik und die Erneuerung des ZHG 010. Außerdem werden die Einzelarbeitsplätze in der Theo-Bi-

in absehbarer Zeit nicht. Und dass sie eigentlich das Land bezahlen müsste, gilt leider ebenso für praktisch alle anderen Maßnahmen, die aus Studiengebühren finanziert werden. Deshalb wäre es zu wünschen, dass alle Kritiker der Verwendung so konsequent wären, wie Frau Andretta, und die Abschaffung der Studiengebühren fordern. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass Studierende heute für eine Investition bezahlen, von der sie nicht viel haben und dafür spätere Generationen von Studierenden profitieren. Diese Ungerechtigkeit für die ersten Gebührenzahler gibt es. Nur daraus die Konsequenz zu ziehen, keine Investitionen zu finanzieren – also keine Baumaßnahmen durchzuführen und auch keine Laborausstattungen zu modernisieren oder zusätzliche Lernarbeitsplätze einzurichten – wäre sicher falsch.

In seiner extremsten Form besteht das Problem, dass heutige Studierende für die Studierenden von morgen zahlen, übrigens bei einem Vorhaben von zwei Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Die FH Münster will jährlich eine Millionen Euro, 20 Prozent ihres Gebührenaufkommens, in eine Stiftung stecken. Aus den Zinserlösen sollen in den folgenden Jahren Stipendien vergeben werden. Die Uni Duisburg-Essen will ebenfalls eine Millionen Euro pro Jahr in eine Stiftung stecken, aus deren Ertrag dann Lehrprojekte bezahlt werden sollen. Diese Modelle feiern jedoch Spiegel Online merkwürdigerweise als „gute Nachricht von der Studiengebühren-Front“.

DISKUSSION ÜBER VG-UMBAU

Insbesondere die Baumaßnahmen werden von vielen kritisch gesehen. Zuerst hat das Göttinger Tageblatt sich kritisch zum Umbau des Verfügungsgebäudes geäußert. Später hat auch der Berliner Tagesspiegel diese Entscheidung als Missbrauch kritisiert und damit eine kleine Medienlawine losgetreten. Auch die Göttinger SPD-Landtagsabgeordnete Gabi Andretta sieht in den Baumaßnahmen eine „Zweckentfremdung“ der Studiengebühren. Eigentlich, so die Kritiker, müsse das Land die Finanzierung übernehmen und nicht die Studierenden. Das stimmt. Aber passieren würde es

Darüber, welche der jetzt auf zentraler Ebene und an den Fakultäten beschlossenen Maßnahmen mehr und welche weniger notwendig sind, wird in der nächsten Zeit noch viel diskutiert werden. Und das ist auch nötig. Denn noch besser als die vorgesehene Evaluierung der Maßnahmen, bevor sie weiter finanziert werden, sorgt eine breite Diskussion für eine möglichst sinnvolle Verwendung der Studiengebühren.

NEUES ARBEITSRECHT FÜR WISSENSCHAFTLICHES PERSONAL

von Andre Dorenbusch

Am vergangenen Mittwoch, dem 18. April, ist das neu geschaffene Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) in Kraft getreten. Es regelt im Wesentlichen die Möglichkeiten, wissenschaftliches Personal (mit Ausnahme von Professoren) befristet zu beschäftigen, und ersetzt eine Reihe von Paragraphen des Hochschulrahmengesetzes (HRG), welches im Zuge der Föderalismusreform wohl bald ganz wegfallen wird. Vieles ist beim Alten geblieben. Immer noch gilt grundsätzlich die Befristungsmöglichkeit für zweimal sechs Jahre in der so genannten Qualifikationsphase; die ersten sechs Jahre erstrecken sich vom Abschluss des Studiums bis zur Promotion, die zweiten sechs Jahre (in der Medizin neun Jahre) auf die Zeit nach der Promotion (wer schneller promoviert wird,

darf die eingesparte Zeit hinten anhängen).

Neu hinzugekommen ist eine Regelung, nach der sich der genannte Zeitraum für jedes betreute Kind noch einmal um zwei Jahre verlängern kann; der Bund will hiermit der Dreifachbelastung von Beschäftigung, Qualifikation und Kinderbetreuung Rechnung tragen.

NEUE REGELUNGEN FÜR DRITTMITTELPROJEKTE UND LEHRBEAUFTRÄGE

Ebenfalls neu ist die Möglichkeit, auch über den Qualifikationszeitraum hinaus (und auch das nicht-wissenschaftliche Personal betreffend) befristete Beschäftigungen im Rahmen von Drittmittelprojekten zu vereinbaren. Voraussetzung ist, dass die Drittmittel für eine bestimmte

Dauer und eine bestimmte Aufgabe bewilligt sind und danach wegfallen.

Interessant aus Studierenden-sicht dürfte sein, dass nunmehr vermutlich auch Lehrkräfte für besondere Aufgaben, sofern sie sich in der Qualifikationsphase befinden, befristet beschäftigt werden können. Damit könnte ein wesentliches Problem im Rahmen

der Verwendung von Studienbeiträgen gelöst und eine befristete Beschäftigung von Lehrpersonal mit nennenswerter Lehrverpflichtung nunmehr möglich sein.

Weiter bemerkenswert: die manchen wohlbekannte Regelung, nach der studentische Hilfskräfte nur für maximal vier Jahre beschäftigt werden dürfen, ist weggefallen.

PROGRAMM DER UNI-KINOS

Montag, 23.04.

Little Miss Sunshine (OmU)

Dienstag, 24.04.

Mein Führer

Mittwoch, 25.04.

Babel

Donnerstag, 26.04.

Departed

Montag, 30.04.

Brick

Mittwoch, 02.05.

Amores Perros

Donnerstag, 03.05.

Das Leben der Anderen

Montag, 07.05.

Adams Äpfel

Dienstag, 08.05.

Wer früher stirbt, ist länger tot

Mittwoch, 09.05.

Black Dahlia

Donnerstag, 10.05.

Rocky Balboa

Montag, 14.05.

Stalker

Dienstag, 15.05.

Der weiße Planet

Mittwoch, 16.05.

Adams Äpfel

Montag, 21.05.

Lady Vengeance

Dienstag, 22.05.

Borat

Mittwoch, 23.05.

Der freie Wille

Donnerstag, 24.05.

Ghost Rider

Dienstag, 29.05.

Prestige

Mittwoch, 30.05.

Das wilde Leben

Donnerstag, 31.05.

Das Streben nach Glück

Montag, 04.06.

Wer früher stirbt, ist länger tot

Dienstag, 05.06.

The Science of Sleep

Mittwoch, 06.06.

Sie sind ein schöner Mann

Donnerstag, 07.06.

Déjà vu

Montag: Clubkino

Dienstag: oscar

Mittwoch: MEMO

Donnerstag: campusfilm

**kopieren
drucken
binden**

Skripte

Dissertationen

Diplom- & Magisterarbeiten

Plakate

Partyflyer

Einladungskarten

klartext GmbH · print- & medien-service
direkt am Campus · Weender Landstr. 8-10
Tel. 05 51/4 99 70-0 · www.kopie.de · info@kopie.de

klartext

UNI-WAHLEN: ADF ERNEUT STÄRKSTE FRAKTION

Kontinuität hat die Wahlen zum Studierendenparlament im Januar bestimmt. Wie im Vorjahr ist die ADF mit 22 von 49 Sitzen zur mit großem Abstand stärksten Fraktion gewählt worden. Jeweils sechs Sitze erreichten das Basisdemokratische Bündnis (-1) sowie die Grüne Hochschulgruppe (+1). Die Juso-Hochschulgruppe konnte mit fünf Sitzen ihr Vorjahresergebnis ebenso halten wie der RCDS mit vier Sitzen. Auf je zwei Sitze kamen die Liberale Hochschulgruppe (+/-0), 'schwarz

rot kollabs' (-1) sowie die Liste 'Galaktisches Imperium' (+1). Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses führte die ADF Gespräche mit dem RCDS, der Juso-HSG sowie der Grünen Hochschulgruppe. Nach weitestgehend konstruktiven Verhandlungen mit allen drei Gruppen entschied sich die ADF-Mitgliederversammlung schließlich für eine Zusammenarbeit mit den Jusos.

Auf seiner konstituierenden Sitzung am 20. Februar wählte das Studierendenparlament einen

neuen AStA. Zum Vorsitzenden wurde wie im letzten Jahr Andre Dorenbusch (ADF) gewählt. Neuer Finanzreferent wurde Aike Gagel (Juso-HSG). Weiterhin gewählt wurden Chris Ludewig (ADF) als Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Florian Jessensky (ADF) als Hochschulreferent sowie Katharina Flechsig (Juso-HSG) als Sozialreferentin. Komplettiert wird der AStA von Imke Buß (ADF), die als Außenreferentin wiedergewählt wurde.

GEISTESWISSENSCHAFTEN GESTÄRKT

Durch den vom Land Niedersachsen und der VolkswagenStiftung neu eingerichteten Förderpreis Heyne&Gervinus werden fünf Wissenschaftler in Bereichen von den Kognitionswissenschaften bis zur Altorientalistik gefördert, davon drei am Standort Göttingen. Insgesamt 1,7 Millionen Euro werden an die Universitäten Göttingen und Osnabrück vergeben.

Der Förderpreis soll innerhalb der nächsten zehn Jahre noch sechsmal ausgeschrieben werden. Insgesamt stehen zehn Millionen Euro zur Verfügung. Die dem Ausbau des Schwerpunktes im Bereich der Geisteswissenschaften dienen sollen. Vor allem sollen junge Wissenschaftler an die Standorte gehalten werden und international renommierte Gastwissenschaftler eingeladen werden.

IMPRESSUM

Redaktion

Imke Buß, Andre Dorenbusch,
Andreas Lompe, Chris Ludewig,
Andreas Redeker, Heiko Schönfeld,
Heiner Wedeken, Christian Zigenhorn

Chefredakteur

Jan-Frederik Lücke (V.i.S.d.P.)

Layout

Andreas Lompe,
Christian Zigenhorn

Auflage

8.000 Exemplare

ISSN

1862-1864

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi

Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion:
Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text verunstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

